



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Marktgemeinde Leobersdorf  
z. H. des Bürgermeisters  
Rathausplatz 1  
2544 Leobersdorf

RU1-R-345/056-2023      Beilagen  
1  
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: <a href="mailto:post.ru1@noel.gv.at">post.ru1@noel.gv.at</a>	
Fax: 02742/9005-15160	Bürgerservice: 02742/9005-9005
Internet: <a href="http://www.noe.gv.at">www.noe.gv.at</a>	- <a href="http://www.noe.gv.at/datenschutz">www.noe.gv.at/datenschutz</a>

-      Bezug		(0 27 42) 9005	
	Bearbeitung	Durchwahl	Datum
	Mag. Sonja Wozak	14691	30. Jänner 2025

Betrifft  
Marktgemeinde Leobersdorf, Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes, GZ:  
2544 26 10/22-OE

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Es wurden Verfahrensunterlagen über die beabsichtigte Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes zur Begutachtung übermittelt. Diese Unterlagen sind an die für technische Angelegenheiten der örtlichen Raumordnung zuständigen Abteilung RU7 und an die Abteilung BD1-N weitergeleitet worden.

Hiezu wurde das beiliegende Gutachten der Abteilung RU7 vom 10.1.2025 abgegeben, welches mit der nachstehenden rechtlichen Beurteilung übermittelt wird:

**Zur Verordnung A (GZ 2544 26A 10/22-OE):**

**Zum Änderungspunkt F04 und F19:**

Dazu ist zunächst zu klären, ob auch der Unterpunkt e) des Änderungspunktes F04 und F19 (Umwidmung von Bauland-Kerngebiet-lärmschutzoptimierte Bebauung auf Bauland-Kerngebiet-lärmschutzoptimierte Bebauung-Nachhaltige Bebauung 2,5) beschlossen wurde.

Im Gemeinderatsprotokoll ist dazu folgendes zu finden:

Seite 60 des Gemeinderatsprotokolls:

60

Nach mehreren Abstimmungsrunden mit den Vertretern des Landes NÖ, konnte man einen Großteil der zunächst beanstandeten Punkte ausräumen. Für zwei Punkte gibt es aber nach wie vor keine Gewissheit, dass sie vom Amt der NÖ Landesregierung – Abteilung RU1 bewilligt werden und sollen folgende beiden Punkte daher in einen eigenen Beschluss und in eine eigene Verordnung gepackt werden:

F19 – Ziegelofengasse – Änderung von BK auf BKN mit einer GFZ von 2,5: Dieser Punkt wird noch beanstandet, weil die Auswirkung auf die VLSA Kreuzung A2 / B18 nicht ausreichend geklärt sind bzw. eine Überlastung für die Europastraße befürchtet wird.

F03 – Grünland-Photovoltaik – Hier sind noch ergänzende Erläuterungen notwendig, warum die Konfiguration der Widmung geändert wird.

Es sollen somit zwei Verordnungen beschlossen werden.

Die Änderungspunkte F11 (Schönauer Straße – Gemeindegrenze Kottingbrunn), F12 (PV am Lindenberg) und F27 (PV bei L151) sollen hingegen gänzlich wegfallen und in keiner der beiden Verordnungen beschlossen werden.

Im Folgenden erläutert Josef Hameter noch einmal jeden einzelnen Änderungsanlass, sowohl jene, die sich im Vergleich zur Auflage nicht geändert haben, als auch jene, die im Zuge der Stellungnahmen bzw. der Rückmeldungen des Landes NÖ – RU1, geändert werden.

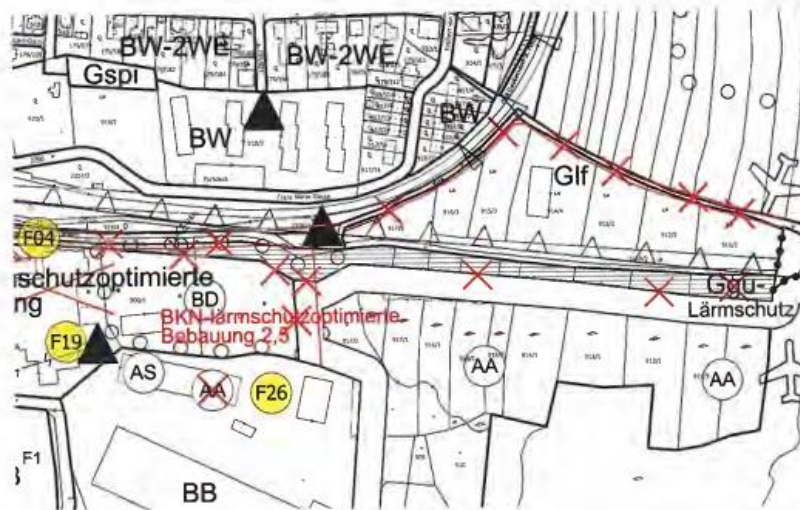
Zunächst werden die Änderungspunkte erläutert, die im „großen“ Beschluss mit der Vielzahl an außer Streit gestellten Änderungen sind. Diese Abänderung des Flächenwidmungsplanes hat die **GZ 2544 26A 10/22-OE**. Folgende Änderungspunkte werden hier behandelt:

Beschluss VO A, S. 63 des Gemeinderatsprotokolls:

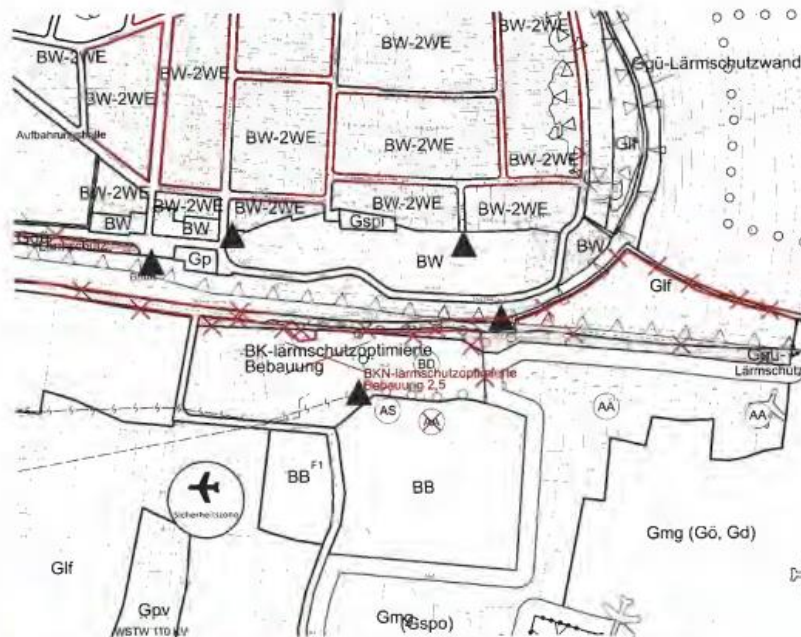
63

Änderungsanlass F04 (Ziegelofengasse)

Widmungsentwurf öffentliche Auflage:



GR-Beschluss:



**ABSTIMMUNG**

**16 JA STIMMEN**

**4 STIMMENTHALTUNGEN**

**0 NEIN STIMMEN**

**Tschakert, Dzananovic, Kornfeld, Bader**

Vom Gemeinderat werden auf Basis der vorliegenden Beschlussunterlagen die Änderungen des Bebauungsplanes mit der GZ 2544 27A 10/22-BP beschlossen.

Nicht berücksichtigt werden dabei die 3 Änderungspunkte B15 (Schönauer Straße – Gemeindegrenze Kottingbrunn), B16 (PV am Lindenberg) und B26 (PV bei L151) – diese entfallen gänzlich.

Ebenfalls nicht berücksichtigt werden die 2 Änderungspunkte B09 (Ziegelofengasse) und B08 (Grünland-Photovoltaik), die jedoch in einer eigenen Verordnung beschlossen werden sollen.

Weiters wird vom Gemeinderat folgende Verordnung beschlossen:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Leobersdorf beschließt nach Erörterung der eingelangten Stellungnahmen in seiner Sitzung vom 5. September 2024 unter Tagesordnungspunkt B / 1b folgende

#### **VERORDNUNG**

##### **§ 1**

Aufgrund des § 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 i.d.dzt.g.F. wird der Bebauungsplan der Marktgemeinde Leobersdorf in der Katastralgemeinde Leobersdorf dahingehend geändert, dass die auf den zugehörigen Plandarstellungen (GZ: 2544 27A 10/22-BP ) durch rote Signatur dargestellten Änderungen festgelegt werden.

##### **§ 2**

Die Plandarstellung ist mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen und liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

##### **§ 3**

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

#### **ABSTIMMUNG**

**16 JA STIMMEN**

**1 STIMMENTHALTUNGEN**

**3 NEIN STIMMEN**

*Bader*

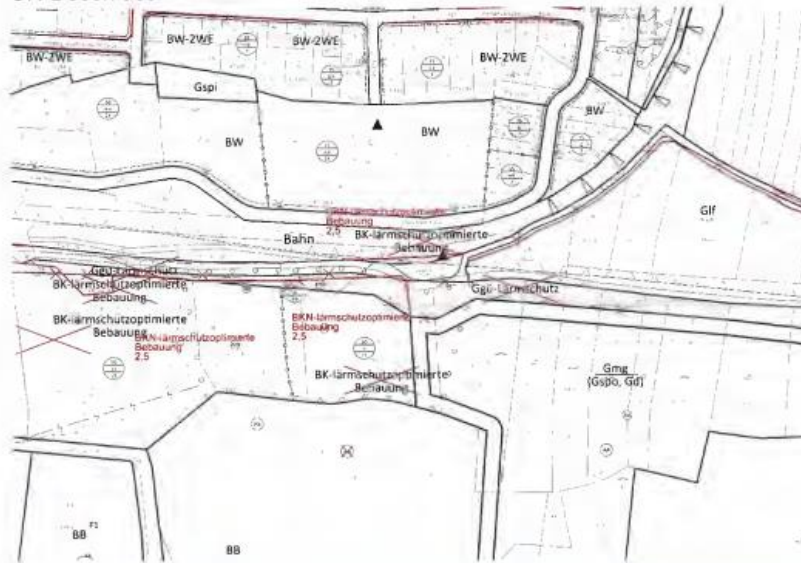
*Tschakert, Džananovic, Kornfeld*

**Änderungsanlass B09 (Ziegelofengasse)**

**Öffentliche Auflage:**



**GR-Beschluss:**



**ABSTIMMUNG**

**19 JA STIMMEN**

**1 STIMMENTHALTUNGEN**

**0 NEIN STIMMEN**

**Bader**

Vom Gemeinderat werden auf Basis der vorliegenden Beschlussunterlagen die Änderungen des Bebauungsplanes mit der GZ 2544 27B 10/22-BP für die Punkte B08 und B09 beschlossen.

Weiters wird vom Gemeinderat folgende Verordnung beschlossen:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Leobersdorf beschließt nach Erörterung der eingelangten Stellungnahmen in seiner Sitzung vom 5. September 2024 unter Tagesordnungspunkt B / 1b folgende

#### **VERORDNUNG**

##### **§ 1**

Aufgrund des § 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 i.d.dzt.g.F. wird der Bebauungsplan der Marktgemeinde Leobersdorf in der Katastralgemeinde Leobersdorf dahingehend geändert, dass die auf den zugehörigen Plandarstellungen (GZ: 2544 27B 10/22-BP ) durch rote Signatur dargestellten Änderungen festgelegt werden.

##### **§ 2**

Die Plandarstellung ist mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen und liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

##### **§ 3**

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

#### **ABSTIMMUNG**

**19 JA STIMMEN**

**1 STIMMENTHALTUNGEN**

**0 NEIN STIMMEN**

**Bader**

**Aus dem Gemeinderatsprotokoll ergibt sich folgendes:**

Aus der Seite 60 des Gemeinderatsprotokolls geht hervor, dass der Unterpunkt e) des Änderungspunktes F04 und F19 - Ziegelofengasse – „Umwidmung von Bauland-Kerngebiet-lärmschutzoptimierte Bebauung auf Bauland-Kerngebiet-lärmschutzoptimierte Bebauung-Nachhaltige Bebauung 2,5“ nicht in der Verordnung A (GZ 2544 26A 10/22-OE), sondern in der Verordnung B (GZ 2544 26B 10/22-OE) beschlossen wurde. Weiters handelt es sich auf der S. 115 wohl um einen Schreibfehler (F09 statt richtigerweise F19).

Da in der Verordnung A nur die Unterpunkte a bis c beschlossen wurden, liegen betreffend des Änderungspunktes F04 und F19 a, b und c der Verordnung A keine Versagungsgründe vor. Zur Verordnung B siehe unten.

**Zum Änderungspunkt F02: Schullnerwiese**

*Gemäß § 15 Abs. 3 Z. 3 NÖ ROG 2014 dürfen Flächen, die bei 100-jährlichen Hochwässern überflutet werden, nicht als Bauland gewidmet werden.*

Es ist im Widmungsverfahren von den bekannten Hochwasserabflusslinien auszugehen. Es liegt die Stellungnahme der ALPINFRA ENGINEERING vom 19. Juli 2024 vor. Nach dieser Stellungnahme liegt das geplante Bauland nicht mehr im HQ30 und HQ100 der Triesting. Diese Stellungnahme der ALPINFRA ENGINEERING vom 19. Juli 2024 wurde laut der Stellungnahme der Abteilung WA3 vom 11. November 2024 durch die Stellungnahme der WERNERCONSULT bestätigt. Weiters wurde in der Stellungnahme der Abteilung WA3 ausgeführt, dass keine neuen HQ30 und HQ100 Abflusslinien der Triesting vorliegen, es sei auch mit keinen wesentlichen Veränderungen zu rechnen. Aus der Stellungnahme von WA3 vom 11. November 2024 ergibt sich somit, dass die derzeit bekannten Hochwasserlinien für HQ100 durch das neu gewidmete Bauland nicht überflutet werden und dass auch mit keinen wesentlichen Veränderungen zu rechnen ist.

*Gemäß § 15 Abs. 7 NÖ ROG 2014 sind zusammenhängende und unbebaute Flächen entlang von Fließgewässern, die von einem 30-jährlichen Hochwasser überflutet werden oder für die rote Zonen in Gefahrenzonenplanungen ausgewiesen sind, als Grünland-Freihaltefläche-Retentionsfläche zu widmen.*

Die Restflächen rund um das geplante Bauland wurden als Grünland-Freihaltefläche ohne Zusatz gewidmet. Der Zweck der Freihaltung ist in der Widmung nicht erkennbar. Zusammenhängende und unbebaute Flächen entlang von Fließgewässern, die von einem 30-jährlichen Hochwasser überflutet werden oder für die rote Zonen in Gefahrenzonenplanungen ausgewiesen sind, sind gemäß § 15 Abs. 7 NÖ ROG 2014 zwingend als Grünland-Freihaltefläche-Retentionsfläche zu widmen (dh sie müssen als Grünland-Freihaltefläche-Retentionsfläche gewidmet werden). (Anmerkung: Werden die Flächen zu Retentionszwecken freigehalten, ohne im HQ30 und entlang eines Gewässers zu liegen, ist der genannte Zusatz zwar nicht zwingend, aber zweckmäßig.) Wenn dem Widmungsgebot gemäß § 15 Abs. 7 NÖ ROG 2014 nicht entsprochen wird, liegen **Versagungsgründe** vor.

*Gemäß § 15 Abs. 3 Z. 2 NÖ ROG 2014 dürfen Flächen nicht als Bauland gewidmet werden, wenn sie eine ungenügende Tragfähigkeit des Untergrundes aufweisen.*

Aus dem raumordnungsfachlichen Gutachten ergibt sich, dass den Unterlagen nicht entnommen werden kann, ob die Anschüttungen für das Bauland im Ausmaß von 0,8 m bis 2,2 m laut wasserrechtlichem Bescheid vom 12.09.2022, BNW2-WA-2210/001, eine ausreichende Tragfähigkeit für das gewidmete Bauland aufweist. Dies wäre nachzuweisen. Sollte dies nicht der Fall sein, liegen **Versagungsgründe** vor.

*Gemäß § 14 Abs. 2 Z. 2 NÖ ROG 2014 ist die Erstwidmung von Bauland und Verkehrsflächen nur entsprechend eines dokumentierten Bedarfs zulässig. Davor sind die bestehenden Widmungsreserven sowie die beobachtete und abschätzbare Entwicklung im Baubestand zu berücksichtigen.*

Ein objektiver Bedarf für zusätzliches Wohnbauland wurde laut raumordnungsfachlichem Gutachten nicht nachgewiesen. Es liegt diesbezüglich ein **Versagungsgrund** vor.

**Zum Änderungspunkt F09: Erweiterung von Bauland-Sondergebiet-Soziale Einrichtung, Verbreiterung der öffentlichen Verkehrsfläche am Volksschulweg:**

*Gemäß § 15 Abs. 7 NÖ ROG 2014 sind zusammenhängende und unbebaute Flächen entlang von Fließgewässern, die von einem 30-jährlichen Hochwasser überflutet werden*

*oder für die rote Zonen in Gefahrenzonenplanungen ausgewiesen sind, als Grünland-Freihaltefläche-Retentionsfläche zu widmen.*

Der Bereich der Regionalen Grünzone wurde als Grünland-Freihaltefläche ohne Zusatz gewidmet. Der Zweck der Freihaltung ist in der Widmung nicht erkennbar. Zusammenhängende und unbebaute Flächen entlang von Fließgewässern, die von einem 30-jährlichen Hochwasser überflutet werden oder für die rote Zonen in Gefahrenzonenplanungen ausgewiesen sind, sind gemäß § 15 Abs. 7 NÖ ROG 2014 zwingend als Grünland-Freihaltefläche-Retentionsfläche zu widmen (dh sie müssen als Grünland-Freihaltefläche-Retentionsfläche gewidmet werden). (Anmerkung: Werden die Flächen zu Retentionszwecken freigehalten, ohne im HQ30 und entlang eines Gewässers zu liegen, ist der genannte Zusatz zwar nicht zwingend, aber zweckmäßig.) Wenn dem Widmungsgebot gemäß § 15 Abs. 7 NÖ ROG 2014 nicht entsprochen wird, liegen **Versagungsgründe** vor.

*Gemäß § 15 Abs. 3 Z. 3 NÖ ROG 2014 dürfen Flächen, die bei 100-jährlichen Hochwässern überflutet werden, nicht als Bauland gewidmet werden.*

Es ist im Widmungsverfahren von den bekannten Hochwasserabflusslinien auszugehen. Es liegt die Stellungnahme der ALPINFRA ENGINEERING vom 19. Juli 2024 vor. Nach dieser Stellungnahme liegt das geplante Bauland nicht mehr im HQ30 und HQ100 der Triesting. Diese Stellungnahme der ALPINFRA ENGINEERING vom 19. Juli 2024 wurde laut der Stellungnahme der Abteilung WA3 vom 11. November 2024 durch die Stellungnahme der WERNERCONSULT bestätigt. Weiters wurde in der Stellungnahme der Abteilung WA3 ausgeführt, dass keine neuen HQ30 und HQ100 Abflusslinien der Triesting vorliegen, es sei auch mit keinen wesentlichen Veränderungen zu rechnen. Aus der Stellungnahme von WA3 vom 11. November 2024 ergibt sich somit, dass die derzeit bekannten Hochwasserlinien für HQ100 durch das neu gewidmete Bauland nicht überflutet werden und dass auch mit keinen wesentlichen Veränderungen zu rechnen ist.

**Zum Änderungspunkt F13: Umwidmung von Grünland-Land- und Forstwirtschaft in Bauland-Sondergebiet-Prüfstelle für den industriellen Anlagenschutz, Umwidmung von Bauland-Sondergebiet-Gewerbetestgebiet in Grünland-Land- und Forstwirtschaft, nordwestlich des Schießplatzes Lindenberg, Grundstück Nr. 2139:**

Dieser Änderungspunkt ist derzeit raumordnungsfachlich nicht abschließend beurteilbar, da die Lärmbelastung für die nächstliegenden Siedlungsgebiete 430 m südlich in Hirtenberg anhand der vorliegenden Unterlagen nicht beurteilt werden kann. Es liegen daher derzeit **Versagungsgründe** vor.

Hinweis: Durch eine Verlängerung des südlichen Lärmschutzwalles entlang der Erweiterungsfläche oder die Beschränkung der Explosionstests auf die Fläche innerhalb der Lärmschutzwälle und die widmungstechnische Absicherung des östlichen Lärmschutzwalles könnte aber eine zusätzliche Lärmbelastung bereits auf Basis der Widmung ausgeschlossen werden.

**Zum Änderungspunkt F16: Verlegung der Gemeindegrenze zu Enzesfeld-Lindabrunn:**

Ein Teil des Gemeindegebiets von Enzesfeld-Lindabrunn wurde von der Marktgemeinde Leobersdorf als neues Gemeindegebiet übernommen. Die ursprünglich festgelegten Widmungen werden nur zum Teil übernommen.

Anstelle der Widmung Bauland-Sondergebiet-Dienstleistungszentrum (Veranstaltungen, Büro, Businesshotel) soll nun die Widmung Bauland-Betriebsgebiet festgelegt werden.

Der Grüngürtel und Bauland-Betriebsgebiet-emissionsarm werden deckungsgleich übernommen.

Ein in der Natur bestehender Weg, der über den Hochwasserschutzgraben führt, soll als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesen werden und soll damit eine Verbindung zum nördlichen Betriebsgebiet hergestellt werden.

Anstelle der Gspo-Widmung im Nordosten des Hochwasserschutzgrabens soll nun Bauland-Betriebsgebiet gewidmet werden.

Es sind nicht alle Baulandflächen bebaut.

*Gemäß § 17 Abs. 1 NÖ ROG 2014 haben die Gemeinden haben bei Erstwidmungen von Bauland durch geeignete Maßnahmen, wie insbesondere durch Festlegung einer Befristung nach Abs. 2 oder Abschluss von Verträgen nach Abs. 3 eine rasche Bebauung durch Hauptgebäude sicherzustellen. Dies gilt nicht für die Widmungsarten Bauland-*

*Agrargebiet-Hintausbereiche und Gebiete für erhaltenswerte Ortsstrukturen sowie bei kleinflächigen Erweiterungen von bestehendem Bauland. Bei der Änderung von Baulandwidmungsarten darf von einer Mobilisierungsmaßnahme dann abgesehen werden, wenn diese im Einzelfall zur Erreichung der Planungsmaßnahme nicht zwingend erforderlich erscheint oder zu einer ungünstigen Siedlungsentwicklung führen würde.*

Ein Teil des Gemeindegebiets von Enzesfeld-Lindabrunn wurde von der Marktgemeinde Leobersdorf als neues Gemeindegebiet übernommen. Durch die Übernahme von Gemeindeteilen liegt für diese Flächen ein sog. „weißer Fleck“ vor.

Die Baulandwidmungen stellen – unabhängig davon, ob die alten Widmungen übernommen werden oder neues Bauland gewidmet wird – Erstwidmungen dar. Die Anwendung von § 17 Abs. 1 letzter Satz NÖ ROG 2014 ist nur für eine Änderung von Baulandwidmungsarten zulässig, die hier jedoch nicht vorliegt.

Für die noch unbebauten Flächen ist daher die Verfügbarkeit nachzuweisen und sind Baulandmobilisierungsverträge vorzulegen bzw. sind Fristwidmungen vorzunehmen.

Es liegen somit **Versagungsgründe** vor.

*Gemäß § 15 Abs. 3 Z. 3 NÖ ROG 2014 dürfen Flächen, die bei 100-jährlichen Hochwässern überflutet werden, nicht als Bauland gewidmet werden.*

Es ist im Widmungsverfahren von den bekannten Hochwasserabflusslinien auszugehen.

Es liegt die Stellungnahme der ALPINFRA ENGINEERING vom 19. Juli 2024 vor. Nach dieser Stellungnahme liegt das geplante Bauland nicht mehr im HQ30 und HQ100 der Triesting. Diese Stellungnahme der ALPINFRA ENGINEERING vom 19. Juli 2024 wurde laut der Stellungnahme der Abteilung WA3 vom 11. November 2024 durch die Stellungnahme der WERNERCONSULT bestätigt. Weiters wurde in der Stellungnahme der Abteilung WA3 ausgeführt, dass keine neuen HQ30 und HQ100 Abflusslinien der Triesting vorliegen, es sei auch mit keinen wesentlichen Veränderungen zu rechnen. Aus der Stellungnahme von WA3 vom 11. November 2024 ergibt sich somit, dass die derzeit bekannten Hochwasserlinien für HQ100 durch das neu gewidmete Bauland nicht überflutet werden und dass auch mit keinen wesentlichen Veränderungen zu rechnen ist.

**Zum Änderungspunkt F01:**

*Gemäß § 15 Abs. 3 Z. 3 NÖ ROG 2014 dürfen Flächen, die bei 100-jährlichen Hochwässern überflutet werden, nicht als Bauland gewidmet werden.*

Es ist im Widmungsverfahren von den bekannten Hochwasserabflusslinien auszugehen. Es liegt die Stellungnahme der ALPINFRA ENGINEERING vom 19. Juli 2024 vor. Nach dieser Stellungnahme liegt das geplante Bauland nicht mehr im HQ30 und HQ100 der Triesting. Diese Stellungnahme der ALPINFRA ENGINEERING vom 19. Juli 2024 wurde laut der Stellungnahme der Abteilung WA3 vom 11. November 2024 durch die Stellungnahme der WERNERCONSULT bestätigt. Weiters wurde in der Stellungnahme der Abteilung WA3 ausgeführt, dass keine neuen HQ30 und HQ100 Abflusslinien der Triesting vorliegen, es sei auch mit keinen wesentlichen Veränderungen zu rechnen. Aus der Stellungnahme von WA3 vom 11. November 2024 ergibt sich somit, dass die derzeit bekannten Hochwasserlinien für HQ100 durch das neu gewidmete Bauland nicht überflutet werden und dass auch mit keinen wesentlichen Veränderungen zu rechnen ist.

**Zur Verordnung B (GZ 2544 26B 10/22-OE):**

**Zum Änderungspunkt F03:**

Aus dem raumordnungsfachlichen Gutachten geht hervor, dass ein Widerspruch zum örtlichen Entwicklungskonzept vorliegt. Es liegen daher **Versagungsgründe** gemäß § 24 Abs. 11 Z. 4 NÖ ROG 2014 vor.

**Zum Änderungspunkt F04 und F19, Unterpunkt e):**

Aus dem raumordnungsfachlichen Gutachten geht hervor, dass ein Widerspruch zum örtlichen Entwicklungskonzept vorliegt. Es liegen daher **Versagungsgründe** gemäß § 24 Abs. 11 Z. 4 NÖ ROG 2014 vor.

Aus dem raumordnungsfachlichen Gutachten geht weiter hervor, dass durch die Erhöhung der Geschoßflächenzahl in der Ziegelofengasse (Unterpunkt e) eine zusätzliche Belastung der Europastraße (L 4021) ausgelöst wird, welche nur durch eine Verschlechterung der anderen Relationen verbessert werden könnte.

Die Maßnahme „geplante Erhöhung der Geschoßflächenzahl“ steht daher im Widerspruch zu § 14 Abs. 2 Z. 5 NÖ ROG 2014, da laut raumordnungsfachlichem Gutachten

- die übergeordnete Verkehrsfunktion der Europastraße (L 4021) beeinträchtigt wird und
- die Verkehrsauswirkungen des Unterpunktes e) die zum Zeitpunkt der Widmungsmaßnahme vorhandene Verkehrsqualität im umgebenden Straßennetz verschlechtert.

Es liegen daher auch diesbezüglich **Versagungsgründe** gemäß § 24 Abs. 11 Z. 4 NÖ ROG 2014 vor.

Die Genehmigung beider vom Gemeinderat am 5.9.2024 unter TOP B/1b beschlossenen Verordnungen müsste wegen der aufgezeigten Widersprüche gemäß § 24 Abs. 11 Z 4 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBl. 3/2015 i.d.g.F., versagt werden.

Vor der Versagung wird dem Gemeinderat gemäß § 24 Abs. 12 NÖ ROG 2014 Gelegenheit zur Stellungnahme (Aufhebung/Abänderung der Beschlussfassung) innerhalb einer Frist von **8 Wochen** gegeben.

Sollte dennoch an der negativ begutachteten Widmungsabsicht festgehalten werden, sind gemäß § 24 Abs. 9 NÖ ROG 2014 dieses **Schreiben** sowie das oben zitierte **Gutachten** jedenfalls **vollständig** und **nachweislich** (unter Vorlage des Sitzungsprotokolls) **im Gemeinderat zu verlesen**.

Ergeht an:

1. Herrn Ingenieurkonsulent für Raumplanung und Raumordnung Dipl.Ing. Josef Hameter, Morenogasse 6/2, 2540 Bad Vöslau  
Zur Kenntnis
2. RU7-Örtliche Raumplanung Regionalstelle St. Pölten  
Zur Kenntnis

Mit freundlichen Grüßen  
NÖ Landesregierung  
Im Auftrag

Mag. W o z a k